

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

I. Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Beginnen möchte ich heute mit dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt München. Denn wann soll man diesen Dank nicht gleich zu Beginn einer Haushaltsrede aussprechen, wenn nicht in einem Jahr der noch nie seit dem II. Weltkrieg da gewesenen Finanz- und Wirtschaftskrise. In einem Jahr, in dem die öffentlichen Haushalte höchsten Erwartungen ausgesetzt sind. In einem Jahr, in dem der Schrei „Richte Du es, Staat“ so laut wie selten zuvor ertönte und eine Renaissance erfährt. Teilweise zurecht. Teilweise! Also: Ein herzliches Dankeschön an die diejenigen, die den Staat bei uns, die Landeshauptstadt München verkörpern, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Danke für die Erwartungen und den Druck, den Sie zurzeit aushalten, danke aber auch für Ihren ganz alltäglichen Einsatz!

II. Einleitung

Ich freue mich, dass Sie, Herr Dr. Wolowicz, meiner Rede heute wieder als Stadtkämmerer lauschen. Und nicht bloß als Staatsbürger.

Vertreter der SPD in diesem Haus haben ja die Eigenschaft, stets zwei Seelen in einer Brust zu vereinen, ohne dabei etwas merkwürdig oder gar unlauter zu finden. Geradezu hybride Wesen. Hybrid ist ja umweltpolitisch auch gerade in, da folgt die SPD also dem Trend.

Herr Ude ist mal wieder ganz kämpferischer Sozialdemokrat, wenn es z. B. um die Wiedereinführung der Vermögensteuer geht. Von seiner SPD-Mitgliedschaft und – Mitverantwortung wollte er aber gar nichts mehr wissen, als es um die Schrödersche Politik der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung in Berlin ging.

Der langjährige SPD-Fraktionsvorsitzende in diesem Haus, Helmut Schmid, war im selben Moment sogar ganz Gewerkschafter, als die Gewerkschaft gegen die Ausgliederung des Servicepersonals bei den städtischen Kliniken protestierte. Als SPD-Chef im Rathaus samt seiner Fraktion, darunter übrigens ja zahlreiche weitere Gewerkschaftsmitglieder, hat er genau diese Ausgliederung mit den Grünen bis kurz vor der letzten Kommunalwahl betrieben, bis sie dann aus Angst vor einer negativen Wahlwirkung abgesagt wurde und nunmehr hinten herum betrieben wird.

Und Stadtkämmerer Wolowicz, gleichsam als „Sigi Ernst Wolowicz Sommer - Der Spaziergänger“, schlendert letzten Freitag als Staatsbürger den Oberanger entlang, kommt fast zufällig an der SPD-Zentrale vorbei, denkt sich „Ach so ein schönes Haus

– schau ich doch mal rein“ und nimmt dann ausweislich der Presseberichterstattung nicht als Stadtkämmerer, sondern als „Staatsbürger“ in einer Pressekonferenz der SPD zur Finanzpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung Platz. So, als ob er gar nicht dazu gehört. Ganz zufällig hat der Staatsbürger Wolowicz auch die aktuellen Zahlen im Kopf, die erst drei Tage später dem Finanzausschuss dieses Stadtrats vorgestellt werden. Was für ein Aufschrei gäbe das auf Ihrer Seite, hätte dies ein CSU-Politiker getan! Vermischung von Parteizugehörigkeit und öffentlichem Amt! Aber: keine Angst – wir gehen nicht zur Regierung von Oberbayern, sondern setzen uns mit Ihnen in der Sache auseinander!

III. Rahmenbedingungen - Durchwachsener Start der Großen Koalition

Das Jahr war wirtschaftlich wie auch politisch interessant. Das nächste wird es auch. Seit der Bundestagswahl haben wir nun auch im Bund eine schwarz-gelbe Koalition.

Der Start dieser für uns Wunschkoalition ist nicht immer rund gelaufen. Aus kommunaler Sicht blicke ich mit gemischten Gefühlen nach Berlin. Aber statt gleich mal über lauter ungelegte Eier und vielfältige Interpretationen Pressekonferenzen abzuhalten – so geschehen vom ersten Augenblick an durch die SPD– muss man einmal das viele Positive darstellen:

- **Gewerbesteuer:** Die Kanzlerin hat wiederholt klar gemacht, dass sie zur Gewerbesteuer steht. Aber die Hinzurechnung von Mieten etc. ist falsch. Daher ist es richtig, wenn über eine Korrektur dieses Elements nachgedacht wird. Auch wenn sich Städte- und Gemeindetag dagegen aussprechen, kann ich aus ordnungspolitischer Sicht die Einbeziehung nicht gut heißen. Oder würden Sie als Bürger verstehen, wenn Sie auf Ihre Wohnungsmiete Einkommenssteuer zahlen müssten? Die Koalition ist hier auf dem richtigen Weg, muss aber auch Einnahmeausfälle der Kommunen ausgleichen.
- **Mieterschutz:** Hier geht es der Koalition nicht darum, Mieter zu benachteiligen, sondern um eine Angleichung der unterschiedlichen Kündigungsfristen. Positiv für München bewerte ich auch die Ankündigung eines besseren Schutzes gegen Luxussanierungen. Da haben Sie von der SPD gleich einmal Zeter und Mordio geschrien, ohne abzuwarten was der unbestimmte Passus im Koalitionsvertrag bedeutet. Mittlerweile haben sich die CSU München, der innenpolitische Sprecher Hans-Peter Uhl und sogar die Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner, aber auch Wohnungsgesellschaften wie bspw. die Deutsche Annington klar dafür ausgesprochen, dass die Kündigungsfristen so angeglichen werden, dass Vermieter nicht früher kündigen können und damit der Mieterschutz voll gewahrt bleibt.
- **Steuersenkungen:** Herr Ude, Sie sprechen in diesem Zusammenhang ja gerne bildhaft von einem Geschenk, das der ahnungslose und unbescholtene Empfänger, sprich Steuerzahler, letztendlich selbst bezahlen muss. Zwei Dinge sind an diesem Bild falsch.

Erstens: es ist kein Geschenk. Der Staat verzichtet lediglich darauf, dem Steuerzahler, im Regelfall einem Arbeitnehmer, Geld wegzunehmen, das ja dieser erst

mal verdient hat. Ich frage mich schon, wo in dieser Diskussion die SPD als Vertreter der Arbeitnehmer bleibt? Wie vereinen Sie denn Ihre Ablehnung mit Ihrer Initiative „Mehr Gerechtigkeit“, die eine „dringend nötige Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen“ fordert?

Zweitens: Die Wählerinnen und Wähler haben sich bewusst entschieden. Alle Koalitionsparteien sind mit diesem Versprechen in den Wahlkampf gegangen. Auch die nun opponierenden Länderchefs der CDU haben dem Wahlprogramm zugestimmt. Deshalb hielte ich es auch für so fatal, dieses Versprechen jetzt zu brechen, will man nicht völlig unglaubwürdig werden. Man kann jetzt nicht so tun, als wüsste man nicht, was man vorher versprochen hat. Daran ist schon Frau Ypsilanti gescheitert – und die gehört bekanntlich zur SPD!

Und es gab eine Zeit, da fand auch die bayerische SPD Steuersenkungen nicht verwerflich. 2004, also noch zu Schröders Zeiten, lobte der SPD-Abgeordnete Dr. Heinz Kaiser im Bayerischen Landtag die Steuersenkungen der damaligen rot-grünen Koalition: „Die Stimmung in der Wirtschaft hat sich deutlich aufgehellt...Steuerentlastungen und steigende Aktienkurse machen Mut...“. Der SPD-Abgeordnete Kaiser!

- Mehrwertsteuer für Daseinsvorsorge: Eine klare Absage erteile ich dagegen der Idee der FDP, die kommunale Abfallwirtschaft mit der Mehrwertsteuer zu belasten. Das führt im ohnehin teuren München zur Erhöhung von Müll-, Abfall-, und Abwassergebühren und kann und wird nicht unsere Zustimmung finden. In München gibt es keinen Wettbewerb, der dadurch behindert wird.

IV. Erwiderungen auf Ude

Aber von der großen Berliner Bühne zurück nach München:

1. Ursachen der Krise

Der Oberbürgermeister hat in seiner Haushaltsrede im Oktober die Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise erforscht. Gefunden hat er sie in der „Deregulierung der Finanzmärkte“, der „Entfesselung der Akteure“ und der „Zurückdrängung der staatlichen Kontrolle“. Was Herr Ude jetzt gerne in die Richtung der CSU, aber noch mehr in die Richtung der FDP interessanterweise vergisst: all dies wurde im Jahr 2000 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung ermöglicht! Aber stimmt ja, Herr Ude: In diesem Moment wollten Sie ja am liebsten nicht SPD-Mitglied sein!

Und wenn der Oberbürgermeister nun dazu aufruft, Beschwerden an die Bankhäuser als Verursacher der Krise zu richten, kann er das leicht tun, denn die rot-grünen Verantwortlichen von damals haben inzwischen die Seiten gewechselt und verdienen im internationalen Geschäft kräftig mit. Oder, wie es der Journalist Thomas Wiczorek so nett formulierte: „Schröder [wurde] von der <Eigendynamik der Globalisierung> zur Gazprom geweht.“

2. Rolle Münchens

Ebenfalls im Oktober hat Ude München als „Opfer und Tatort der Krise“ ausgemacht. Ich möchte an dieser Stelle eine Ergänzung zur Landesbank machen, die der Oberbürgermeister immer vergisst: Die Landeshauptstadt München war bis 2002 im Verwaltungsrat der Landesbank vertreten. Im Jahr 2001 erreichte der krisenverantwortliche Bestand der Asset Backed Securities seinen Höchststand. Allerdings ist auch Dr. Wieczorek, der die Vertretung wahrnahm, heute nicht mehr in Amt und Würden.

Dass die SPD im Landtag, wie wir aktuell aus der Presse erfahren, sogar dem Kauf der Hypo Alpe Adria zugestimmt hat, sei hier nur nachrichtlich erwähnt.

3. Drohkulissen

Inzwischen gehört es zu jeder Rede Udes, dass er vor der Abschaffung der Gewerbesteuer warnt. Die Kanzlerin hat erst kürzlich wieder den Bestand garantiert. Auch der Freistaat steht dazu.

Allerdings war ich verblüfft, dass der rheinland-pfälzische Finanzminister Kühl, SPD, eine Reform der Kommunalfinanzen vorschlägt, die die Gewerbesteuer u.a. durch eine Bürgersteuer und eine kommunale Unternehmenssteuer ersetzt. Mir scheinen die Reihen der SPD in dieser Frage doch nicht so geschlossen zu sein, wie uns der OB weiß machen will.

Entwickelt hat das empfohlene Modell übrigens der ehemalige rheinland-pfälzische Finanzminister Deubel, ebenfalls SPD, der den Nürburgring mit Hilfe dubioser, hochspekulativer amerikanischer Papiere über eine Bank in Luxemburg finanzierte – das Modell scheiterte. Wen wundert's?

Und, sehr geehrte Damen und Herren, googeln Sie mal „SPD Senkung Gewerbesteuer“. Sie werden überrascht sein. Unter anderem hat der Coburger Oberbürgermeister Kastner, SPD, den Hebesatz zum 01.01.09 um 25 Punkte gesenkt, um „ein positives Signal Richtung Unternehmen zu setzen“. Da schau her! Soweit ist also mit Stimmigkeit der SPD-Kritik an Steuersenkungen in dieser Zeit her!

Aber eines muss ich dazu sagen: es ist im Staate Deutschland eine Krux, wenn eine Ebene anschafft, und die andere zahlt. Das muss einmal angegangen werden! Das wäre eine Föderalismus-Reform, die wir dringend bräuchten und die den Namen Reform verdient hätte: Auf einem Gebiet schafft einer an, Bund, Freistaat oder Kommune – und der zahlt dann auch. Dann wären die Zuständigkeiten klar und der Wähler könnte in seiner Wahlentscheidung klare Verantwortlichkeiten – positiv wie negativ – zumessen.

Aber wieder zurück zur Doppelzüngigkeit der SPD: Gebetsmühlenartig kommt Udes Mantra vom bösen Freistaat, der E.ON privatisiert hat. Folglich habe ich sehr erstaunt die Forderung der SPD-Landtagsfraktion, also u.a. Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Maget, Florian Ritter, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, vernommen, die sogar per Pressekonferenz den Freistaat zum Verkauf des verbliebenen E.ON-Pakets auffordert!

Aber Adelheid Rupp, die zusammen mit Florian Ritter die Konferenz leitete, ist ja auch mal mehr, und dann wieder weniger SPD-München-Mitglied, je nachdem, ob man sich grad mal wieder mit ihr in der Öffentlichkeit sehen lassen kann oder ob sie mal wieder kräftig parteiintern daneben gelangt hat und böse war.

Nicht minder erstaunt war ich übrigens, als im November bekannt wurde, dass der Landkreis Dachau weitere Anteile seiner Kreisklinik verkauft hat - mit den Stimmen der SPD! Macht uns doch der Oberbürgermeister weiß, dass nur die böse CSU Gemeineigentum an Private verscherbelt. Wie oft haben wir uns als CSU München das Beispiel der CSU im Landkreis München anhören müssen. Was sagen Sie denn nun dazu? Wo waren denn Ihre Pressemitteilungen und Redebeiträge bei jedweder Mini-Gelegenheit, so wie dies umgekehrt gegen die CSU der Fall ist, dieses Verhalten der Dachauer Genossen zu geißeln?

Wir als CSU-Stadtratsfraktion stehen zu unserem Münchner Klinikum in kommunaler Trägerschaft. Daher haben wir auch von Anfang an für eine solide Eigenkapitalausstattung gekämpft – leider sind wir bisher an SPD und Grünen gescheitert. Endlich erkennt man auch dort, dass es ein rot-grüner Geburtsfehler war, das Klinikum unterfinanziert in den Markt zu schicken und steuert gegen. Selbstverständlich tragen wir verantwortungsbewusst die Kapitalspritze mit. Nun verlangen wir von der Geschäftsführung, ihren Teil beizutragen, um die Klinikum GmbH in die schwarzen Zahlen zu bringen! Sie kennen unsere Vorschläge!

Und auch das Beispiel Hamburg, Herr Ude, taugt nicht, um die Konservativen als böse und kaltherzige Heuschrecken darzustellen. Wenn Hamburg nun unter dem CDU-Bürgermeister wieder eigene Stadtwerke gründet, dann deshalb, weil von 1999-Mai 2001 der damalige SPD-Bürgermeister Ortwin Runde die Hamburger Elektrizitätswerke an Vattenfall verkauft hat!

4. Finanzausstattung

Sie haben in Ihrer Rede Mittel von Bund und Land angefordert. Richtig ist, die Kommunen brauchen eine ordentliche Finanzausstattung. Richtig ist aber auch, dass auch diese Gelder nicht irgendwoher kommen, sondern Steuergelder sind, mit denen sorgfältig gewirtschaftet werden muss.

Der Steuerzahler, also die Leistungsträger, - damit mal klar ist, wen wir als Leistungsträger bezeichnen, damit Sie nicht immer unterstellen können, wir von der CSU meinen damit die Großkopferten - sind nicht die Kuh, die man ewig melken kann.

Und Bund und Freistaat haben – wie fast alle – in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise ebenfalls Probleme: Oder, wie es der Direktor des Hessischen Städte- und Gemeindebundes formuliert hat: “Das ist so, wie wenn drei nackte Männer – Bund, Land und Kommune – versuchen, sich gegenseitig in die Tasche zu greifen.“

Während Ude und die SPD – zugegeben nicht alleine - nach mehr Finanzmitteln von Bund und Land rufen, spricht sich die Bundes-SPD genau für das Gegenteil aus. Sie spricht von einer Schiefelage zu Lasten des Bundes und rechnet vor, dass die Länder alleine 2010 25 Milliarden Euro zu viel bekommen. Mehr noch, sie stellt sogar die Verfassungsmäßigkeit der Finanzverteilung in Frage.

Der Freistaat – den zu verteidigen es nicht meine Aufgabe ist; was wahr ist, muss aber gesagt werden – leistet Beachtliches für die Kommunen:

Z. B. bei den Leistungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Trotz rückläufiger Steuereinnahmen beim Land konnte in Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden ein von allen Seiten begrüßter Kompromiss erzielt werden. Die Herren Schaidinger und Brandl, die bei Ihnen ja immer als Kronzeugen gegen die Staatsregierung herhalten müssen, haben unisono den Kompromiss gelobt. Die SPD im Landtag dagegen hat eine Aufstockung des Finanzausgleichs zum Preis einer höheren Verschuldung oder des Verkauf von Staatseigentum (!) gefordert. Ein Geschenk, das nicht mal die Begünstigten annehmen wollten.

V. Münchner Haushalt

1. Haushaltssperre im April

Ich habe Eingangs schon erwähnt, dass dieses Jahr in finanz- und wirtschaftspolitischer Hinsicht ein besonderes war. Auch der Münchner Haushalt konnte sich den Strudeln nicht entziehen. Im April musste eine Haushaltssperre verhängt werden. Die CSU hat dieser Haushaltssperre zugestimmt, da sie notwendig war. Dafür haben wir auch Lob vom OB und vom „Staatsbürger Wolowicz“ erhalten.

Die SPD-Abgeordnete Adelheid Rupp hat übrigens dem Finanzminister im Zusammenhang mit dessen Sperre „Haushalts-Voodoo“, ja sogar ein „Demokratiedefizit“, vorgeworfen. Eigenartig! Aber vielleicht können Sie es ja erklären, Staatsbürger Wolowicz.

2. Mehrjahresinvestitionsprogramm im Juli

Im Juli hat der Stadtrat dann das Mehrjahresinvestitionsprogramm beschlossen - mit den Stimmen der CSU, als klares Bekenntnis der CSU-Stadtratsfraktion zur parteiübergreifenden Verantwortung in einem Krisenjahr!

Wir hatten zuvor Änderungen eingebracht. Unser Antrag wurde jedoch von Rot-Grün gar nicht erst diskutiert, sondern in Bausch und Bogen abgelehnt. Sehr geehrte Damen und Herren von Rot-Grün, dieses Verhalten straft Sie Lügen! Sie werden ja nicht müde uns vorzuwerfen, wir brächten uns nicht ein. Jahr für Jahr kommt dieser Vorwurf. Abgesehen davon, dass er schlicht falsch ist, haben Sie dieses Jahr gezeigt, dass Sie es gar nicht ernst meinen. Ich verbitte mir für die Zukunft jeden Vorwurf.

3. Haushalt 2010

Wir haben jetzt Ihr rot-grünes Regierungsprogramm für das nächste Jahr vorliegen. Sie haben Ihre Ablehnung der Zusammenarbeit dokumentiert. Sie können folglich nicht erwarten, dass wir Ihrem Regierungsprogramm zustimmen.

Lassen Sie mich auf einige Aspekte eingehen:

- Sie rühmen sich für Ihre antizyklische Haushaltspolitik. Tatsache ist, dass die Schulden seit 2006 von 3,3 Mrd. € auf 2,3 Mrd. € verringert werden konnten. Das erkenne ich an. Die Möglichkeit zu antizyklischem Handeln verdanken Sie jedoch nicht einer weisen Haushaltsführung, sondern Sonderausschüttungen der „Notkasse“ Stadtwerke, die Ihnen mit der Auflösung von Rücklagen zur Seite springen, sowie einem historischen Gewerbesteuerboom in den Jahren 2007 und 2008. Ohne diese beiden Faktoren, also aus eigener Kraft, wäre Ihnen die Schuldentrückführung nicht möglich gewesen. Und Sie liegen heute immer noch um eine Milliarde Euro über dem Schuldenstand des Amtsantritts des Oberbürgermeisters.
- Sie müssen nächstes Jahr nicht nur 214 Millionen Euro neue Schulden machen, sondern auch 323 Millionen aus der Kasse nehmen. Es fehlen dem Haushalt also tatsächlich 537 Millionen Euro.

Oder anders ausgedrückt: Bei voraussichtlich knapp 1,4 Milliarden Euro Gewerbesteuereinnahmen fehlen Ihnen noch 537 Millionen Euro zum ausgeglichenen Haushalt. Sie bräuchten also mindestens 1,9 Milliarden Euro Gewerbesteuer jährlich, um ohne Schulden auszukommen. Das heißt: Ohne jährliche Steuerrekorde können Sie keinen Haushalt mehr finanzieren! Keine Zahl zeigt deutlicher, dass – bei aller Wirtschafts- und Finanzkrise – Ihr Haushalt aber eine totale Schieflage hat!

- Sie beklagen, dass Ihre Spielräume immer geringer werden. Und dennoch hat Rot-Grün noch genug Geld, um Lieblingsprojekte zu finanzieren:
 - im Bauzentrum, gesponsort von der Stadt, informiert eine Feng-Shui-Beraterin, wie man mit Hilfe von Feng-Shui bewusster Häuser kaufen und Wohnungen mieten kann. Natürlich kostenlos.
 - im April nächsten Jahres wird es einen Fahrradflohmärkte und einen Messetag für außergewöhnliche Fahrräder geben – unterstützt von der Stadt.
 - Die Stadt sponsort „Workshops im Open-Space-Modus“ und „Networking-Bazars“. Der normale Mensch versteht nicht einmal, wofür da sein Geld ausgegeben wurde. Es geht darum, dass Netzwerker lernen sich zu vernetzen.
 - Ein anderes Projekt soll Bürgerinnen und Bürger befähigen, ohne Vorkenntnisse gestalterisch aktiv zu werden. Sie sollen kreativen und respektvollen Umgang mit Materialien als Gegengewicht zum passiven Konsum erlernen. Eine städtische Aufgabe, frage ich mich?
 - Sie unterstützen Netzwerke, die folgenden Ergebnisbericht abliefern: „Gründung einer Initiative <Zukunftsrat München>, Klärung von Anlass, Selbstverständnis, Zweck, Focus, gesellschaftlicher Funktion und Beziehung zur Kommune...“. Also erst mal gründen und dann erst Zweck und Ziel klären. Das kann ich keinem Sportverein vermitteln, der vergeblich auf Zuschüsse hofft!

- Für die Kolleginnen, die aufgrund der Haushaltszahlen Schlafstörungen haben, gibt es Angebote für einen erholsamen und gesunden Schlafrhythmus. Als Mann ist man benachteiligt, dessen Schlafstörungen interessieren die Stadt nicht.
- Oder wollten Sie schon immer mal den Umgang mit Düften lernen? Auch ein Workshop, in dem die Damen erfahren, welche ätherischen Öle es gibt, wird von der Stadt unterstützt.

Das mögen ja alles ganz nette Projekte sein. Wenn ich aber sehe, dass wir Straßen nicht unterhalten können, wenn ich sehe, in welchem Zustand sich Schultoiletten befinden und wenn ich sehe, wie oft wir Wünsche von Sportvereinen ablehnen, dann kann ich darüber nur den Kopf schütteln. Das Geld ist anderswo besser eingesetzt.

Anders bzw. besser einsetzen kann man auch viele Personalressourcen. Seit etwa zwanzig Jahren läuft das Projekt Verwaltungsreform. Gebracht hat es unzählige Arbeitskreise, Projektgruppen und eine Flut von Bürokratie, von den Kosten ganz zu schweigen.

Der Kämmerer selbst deutet ja schon an, dass das System aus dem Ruder läuft. „Hohe Komplexität“ ist bei ihm die Umschreibung dafür, dass Sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen

- um herauszufinden, wie viele Hundehalter Männer und wie viele Frauen sind,
- um herauszufinden, wie viel Prozent der Grundsteuerzahler männlich und wie viele weiblich sind,
- um festzustellen, dass es 2009 7.347 Botengänge gab.
- um den Frauenanteil für das Produkt Straßenreinigung und Winterdienst auf öffentlichen Verkehrsflächen zu ermitteln.
- Beim Produkt „Verkehrsüberwachung“ des Kreisverwaltungsreferates, das sind die mit den Knöllchen, soll die Kundenzufriedenheit eruiert werden. Das Ergebnis kann ich voraussagen. Vorsichtshalber bleibt diese Spalte im Formblatt dann auch leer.
- Im Gesundheitsreferat wurde ein Produkt „Einäscherung“ geschaffen, das als Zielgruppe „Münchner Bürgerinnen und Bürger“ definiert. Das mag in der Logik des Systems sein, ist aber sehr technokratisch und mutet bei dem Thema makaber an.

Und zum Schluss:

- Es gibt ein Produkt, das heißt „Reden des Oberbürgermeisters“. Im dazugehörigen Produkt-Formblatt wird die Kennzahl „Qualität“ abfragt. Diese Spalte bleibt leer, es heißt dort lediglich „Eine Aussage über die Qualität des Produktes ist nicht möglich“.

VI. Fazit – Ablehnung des Haushaltes

Dafür, dass meine Kritik an Ihrem, dem rot-grünen Haushalt, berechtigt ist, habe ich einen völlig unverdächtigen Kronzeugen, nämlich den Oberbürgermeister selbst. Vor genau einem Jahr bezeugte er, dass das Bewusstsein für den Ernst der Lage auf der Strecke geblieben sei und dass alle –sprich Rot-Grün- ihre Küken (sic!) ins Trockene gebracht hätten.

Der Kämmerer attestiert, dass er den Haushalt nicht über Mehreinnahmen konsolidieren könne. Damit lüge man sich, so Wolowicz weiter, in die eigene Tasche. Man müsse strukturell bei den Ausgaben ansetzen und kürzen.

Damit ist alles gesagt. Mir bleibt nur, mich dem anzuschließen, mit diesen Zitaten unsere Ablehnung des Haushaltes zu unterstreichen.